



Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien sowie Kultur

24. - öffentliche - Sitzung, 01.09.2023

—

Magdeburg, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. Theater- und Orchesterlandschaft sichern

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/2797**

Verständigung zum Verfahren und Beratung

5

2. Berichterstattung gemäß § 8 Absatz 1 Satz 4 Grünes-Band-Gesetz Sachsen-Anhalt (GBG LSA)

Unterrichtung Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - **Drs. 8/2989**

Berichterstattung durch die Landesregierung

8

3. Niederdütsche Sprook in Sassen-Anhalt wedder opleven laten

Beschluss Landtag - **Drs. 7/4431**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 7/4642**

Berichterstattung durch die Landesregierung

12

4. Auslandsrepräsentanzen - Vorlage des Konzepts durch die Staatskanzlei

Selbstbefassung Fraktion FDP - **ADrs. 8/EUR/18**

Berichterstattung durch die Landesregierung 14

5. Reise des Ausschusses nach Jordanien

Befassung - **ADrs. 8/EUR/30**

Beratung 15

6. Verschiedenes

Delegationsreise nach Armenien 26

Haushaltsberatungen 26

Terminplan 2024 26

Einladungen an den Ausschuss 26

ADrs. 8/EUR/26 - Kulturlandschaft Sachsen-Anhalt: Das Potential der Kulturstiftungen des Landes Sachsen-Anhalt vollumfänglich ausschöpfen 27

Nächste Sitzung 28

Anwesende:**Ausschussmitglieder:**

Abg. Daniel Sturm, Vorsitzender	CDU
Abg. Markus Kurze	CDU
Abg. Chris Schulenburg	CDU
Abg. Andreas Schumann	CDU
Abg. Lars-Jörn Zimmer	CDU
Abg. Tobias Rausch	AfD
Abg. Ulrich Siegmund	AfD
Abg. Daniel Wald	AfD
Abg. Wulf Gallert	DIE LINKE
Abg. Stefan Gebhardt	DIE LINKE
Abg. Holger Hövelmann	SPD
Abg. Andreas Silbersack	FDP
Abg. Wolfgang Aldag (i. V. d. Abg. Dorothea Frederking)	GRÜNE

Von der Landesregierung:**von der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur:**

Staats- und Kulturminister Rainer Robra
Staatssekretär Dr. Sebastian Putz

Niederschrift:

Stenografischer Dienst

Vorsitzender Daniel Sturm eröffnet die Sitzung um 9:33 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Niederschriften über die 21. - öffentliche - Sitzung am 27. April 2023, über die 22. - öffentliche -- Sitzung am 26. Mai 2023 und über die 23. - öffentliche - Sitzung am 23. Juni 2023 werden gebilligt.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, nach der mit der Einladung verteilten Tagesordnung zu verfahren.

Vorsitzender Daniel Sturm teilt mit, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wünsche, sich im Rahmen einer Selbstbefassung mit einem Thema zu befassen. Der Vorsitzende bittet um Erläuterungen seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Wolfgang Aldag (GRÜNE) legt dar, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte um eine Berichterstattung durch die Landesregierung zur Zusammenstellung der lokalen Aktionsgruppen der EU-Förderperiode 2021 bis 2027. Von Interesse sei dabei insbesondere, welche Problemstellungen möglicherweise bestünden.

Die Bitte sei, dass in der nächsten turnusmäßigen Sitzung des Ausschusses berichtet werde.

Vorsitzender Daniel Sturm schlägt vor, der Bitte zu folgen und sich in der nächsten turnusmäßigen Sitzung entsprechend berichten zu lassen. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzender Daniel Sturm teilt mit, die Pressestelle des Landtages wolle während der heutigen Sitzung Fotos zur Nutzung in den sozialen Medien machen, und fragt, ob es dagegen Einwände gebe. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Theater- und Orchesterlandschaft sichern

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/2797**

Der Landtag überwies in seiner 46. Sitzung am 30. Juni 2023 den Antrag zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien sowie Kultur und zur Mitberatung in den Ausschuss für Finanzen.

Vorsitzender Daniel Sturm teilt mit, mit dem Antrag solle die Landesregierung gebeten werden, im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2024 die aktuellen Bedarfe und finanziellen Herausforderungen, die sich aus den Tarif- und Inflationsentwicklungen der vergangenen Jahre ergäben, abzubilden.

Abg. Stefan Gebhardt (DIE LINKE) sagt zur Begründung des Antrages, man habe im Antrag bewusst die gleiche Formulierung gewählt, die der Ausschuss in einer Empfehlung an die Landesregierung bezüglich der beiden Kulturstiftungen des Landes gewählt habe. Seinerzeit habe auch die CDU-Fraktion formuliert, im Dreiklang mit den entsprechenden Akteuren bereits bei der Aufstellung des Haushalts die Bedarfe abzuwägen.

Derzeit wisse man nicht, wie hoch die Bedarfe der Theater und Orchester genau seien. Bei den Stiftungen habe man reagieren können, weil die beiden Direktoren der Stiftungen im Landtag dargestellt hätten, wie sich die Bedarfe entwickelt hätten. Daher schlage die Fraktion DIE LINKE vor, den gleichen Ablauf wie bei den Stiftungen zu wählen und sich bei den Trägern der Theater und Orchester nach den Bedarfen zu erkundigen. Dafür bevorzuge die Fraktion DIE LINKE die Durchführung eines Fachgesprächs. Wenn dessen Durchführung aus zeitlichen aufgrund der Haushaltsberatungen problematisch sei, dann sollten die Träger der Theater und Orchester alternativ um schriftliche Stellungnahmen bezüglich der finanziellen Situation und der Bedarfe gebeten werden. Das Ergebnis solle umfassend im Ausschuss ausgewertet werden und als Grundlage für eine Beschlussempfehlung zum vorliegenden Antrag dienen.

Minister Rainer Robra (StK) legt dar, die Landesregierung habe das Verfahren zur Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs abgeschlossen. Der Entwurf für das Haushaltsgesetz 2024 solle in der kommenden Woche in den Landtag eingebracht werden. Im Gesetzentwurf sei eine Erhöhung des Ansatzes für die Theater und Orchester um 5,4 Millionen € vorgesehen. Über die Binnenverteilung werde noch mit den Trägern sowie den Intendantinnen und Intendanten gesprochen werden, mit denen er, Robra, bereits mehrere Gespräche geführt habe.

Ein wesentlicher Unterschied zu den Stiftungen des Landes sei, dass die Bedarfe der Theater und Orchester nicht allein von der Landesregierung gedeckt würden, sondern auch die

Kommunen einen Teil tragen müssten. Hinsichtlich der definierten Bedarfe gebe es zum Teil Unterschiede zwischen den Theatern selbst und den Kommunen, die sich an der Finanzierung beteiligen müssten. Aus der Sicht der Landesregierung seien die vorgeschlagene Erhöhung und die für die nächste Vertragslaufzeit vorgesehene Dynamisierung ein wesentlicher Beitrag für die Sicherung der Theater- und Orchesterlandschaft im Land. Das solle man im Rahmen der Haushaltsberatungen vertieft erörtern, so der Minister.

Abg. Andreas Silbersack (FDP) legt dar, er halte es angesichts der bevorstehenden Haushaltsberatungen für schwierig, ein Fachgespräch durchzuführen. Das Einholen schriftlicher Stellungnahmen sei ein gangbarer Weg. Er plädiere aber dafür, den Beratungsgegenstand erst nach Abschluss der Haushaltsberatungen wieder aufzurufen. Das Thema werde ohnehin in den Haushaltsberatungen behandelt werden.

Abg. Stefan Gebhardt (DIE LINKE) legt dar, es sei nur sinnvoll, sich parallel zu den Haushaltsberatungen mit dem Thema zu befassen, damit sich die Bedarfe der Theater und Orchester im Haushaltsgesetz 2024 wiederfinden könnten. Analog sei man auch bei den Stiftungen verfahren.

Der Abgeordnete hält fest, Abg. Silbersack habe sich offen dafür gezeigt, zumindest schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

Abg. Gebhardt fragt, welcher zeitliche Ablauf seitens der Landesregierung für das Zustandekommen der Verträge geplant sei.

Minister Rainer Robra (StK) antwortet, aus Respekt vor dem Landtag habe er, Robra, das zuständige Referat gebeten, die Finalisierung der Anhörungsprozesse erst nach der in der kommenden Woche geplanten Einbringung des Entwurfs für das Haushaltsgesetz 2024 in den Landtag zu beginnen. Zunächst sollten sich der Finanzminister und die Abgeordneten zu dem Gesetzentwurf äußern können. Erst danach wolle man auf der Grundlage des Gesetzentwurfs die Detailgespräche beginnen und werde die Verträge für einen Abschluss vorbereiten. Einen Abschluss von Verträgen werde man dann frühestens nach der abschließenden Befassung im Finanzausschuss und möglicherweise erst nach einem Landtagsbeschluss zum Haushaltsgesetz 2024 durchführen. Es gehe um hohe Beträge und langfristige Verpflichtungen. Die Kommunen könnten aber in ihren Haushalten schon entsprechend Vorsorge treffen und sich auf eine Wirksamkeit ab dem 1. Januar 2024 einstellen.

Vorsitzender Daniel Sturm schlägt vor, von den vorgeschlagenen Varianten jene mit der Einholung schriftlicher Stellungnahmen zu wählen.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, entsprechend zu verfahren.

Vorsitzender Daniel Sturm schlägt vor, als Abgabefrist den Tag vor der nächsten turnusmäßigen Sitzung am 6. Oktober 2023 zu bestimmen. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Vorsitzende bittet um eine Aussage dazu, wer um eine Einreichung von Stellungnahmen gebeten werden solle.

Minister Rainer Robra (StK) merkt an, es sei sinnvoll, die Träger von Theatern und Orchestern anzuschreiben und nicht die Theater und Orchester selbst.

Vorsitzender Daniel Sturm schlägt vor, die Träger von Theatern und Orchestern im Land um schriftliche Stellungnahmen zu bitten, und bittet die Landesregierung, eine entsprechende Liste zur Verfügung zu stellen. - Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden erhebt sich im Ausschuss kein Widerspruch.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Berichterstattung gemäß § 8 Absatz 1 Satz 4 Grünes-Band-Gesetz Sachsen-Anhalt (GBG LSA)

Unterrichtung Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt - **Drs. 8/2989**

Die Unterrichtung des Landtages erfolgt gemäß § 54 Abs. 1 GO.LT und wurde vom Präsidenten gemäß § 40 Abs. 1 GO.LT in den Ausschuss für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt sowie in den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien sowie Kultur überwiesen.

Gemäß § 8 Abs. 1 Satz 4 des Grünes-Band-Gesetzes ist ein Fachbeirat einzusetzen, der für die Fortschreibung des Pflege-, Entwicklungs- und Informationsplans (PEIP) verantwortlich ist. Gemäß den Vorgaben des Gesetzes ist der Fachbeirat dazu verpflichtet, den zuständigen Ausschüssen regelmäßig zu berichten.

Minister Rainer Robra (StK) teilt mit, man sei dem Fachbeirat dankbar für seine Arbeit. Das federführend zuständige Umweltministerium habe einen schriftlichen Bericht vorgelegt, zu dem die anwesenden Vertreter des Fachbeirates nähere Ausführungen machen könnten.

Die **Sprecherin des Fachbeirates** führt aus, der Bericht sei von der Geschäftsstelle des Fachbeirates erstellt worden und sei an sich im Grund selbsterklärend. Daher wolle sie nicht auf Einzelheiten des Berichts eingehen.

Den Trägern des Grünen Bandes sei man sehr zu Dank verpflichtet, allerdings sei an dieser Stelle auch darauf hinzuweisen, dass der Fachbeirat noch nicht zur Gänze besetzt sei. Die Arbeit des Fachbeirates sei jedoch wesentlich für den Austausch sowie für die Meinungsbildung und die Beteiligung in der Fläche. Das Grüne Band sei ein Flächendenkmal.

Der Fachbeirat bestehe aus 34 ordentlichen Mitgliedern. Von diesen Positionen seien noch nicht alle besetzt und bei acht Positionen seien noch keine Stellvertreter benannt worden. Der Fachbeirat sei zwar arbeitsfähig, aber ein Teil der möglichen Beteiligung werde nicht wahrgenommen.

Von dem Bericht falle insbesondere das Thema Erinnerungskultur in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien sowie Kultur. Dem Veranstaltungskalender für das Jahr 2023, der im Bericht enthalten sei, könne man entnehmen, dass bereits eine verschiedene Themen dargestellt würden und bearbeitet worden sei. Im vergangenen Jahr sei vor allen Dingen das Thema „70 Jahre Zwangsaussiedlung“ mit einer Reihe von Veranstaltungen bedacht worden. Ein weiteres Thema seien die Todesopfer an der innerdeutschen Grenze gewesen. In einer Kooperation zwischen der Landeszentrale für politische Bildung, der Gedenkstättenstiftung und der Behörde der Beauftragten des Landes

Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sei ein Band zum Thema Grenzschicksale herausgegeben worden. Darin habe man sich mit der Frage beschäftigt, wie Menschen die innerdeutsche Grenze und die Teilung aufgenommen und verarbeitet hätten.

Ein aus der Sicht des Fachbeirates wichtiges Thema im Bericht, das allerdings nicht in die Zuständigkeit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien sowie Kultur falle, sei die Erschließung bzw. Begleitung des Grünen Bandes durch einen Radweg, den sogenannten Iron Curtain Trail. Dieser habe insgesamt eine Länge von etwa 10 000 km und reiche von der Barentssee bis zum Schwarzen Meer. Das Interesse des Landes Sachsen-Anhalt sollte es durchaus sein, dass dieser Radweg auch durch Sachsen-Anhalt führe.

Eine Anmeldung für eine Ausweisung des Grünen Bandes als Welterbe sei erfolgt. Die Federführung liege beim Freistaat Thüringen. Eine bevorzugte Prüfung des Antrages sei möglich, da es sich um eine Kombination aus Natur- und Kulturerbe handele. Erste Ergebnisse seien in der nächsten Zeit zu erwarten. Daraus würden sich Folgerungen und Maßnahmen ergeben.

Bezüglich des Besucherzentrums sei ein Auswahlgremium gegründet worden und eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben worden. Über die Studie werde der Fachbeirat in seiner nächsten Sitzung im November beraten. Der Fachbeirat treffe sich turnusmäßig einmal pro Jahr.

Aus ihrer Sicht als Aufarbeitungsbeauftragte sei das Grüne Band gut geeignet, die Aufarbeitung der belasteten Vergangenheit konkret und wirksam zu ermöglichen und zugleich einen spürbaren Beitrag zum Naturschutz zu leisten. Das sei in dem Fall generationenübergreifend möglich. Das sei ein sehr wichtiger und interessanter Aspekt des Projekts.

Der Fachbeirat bedanke sich für die Arbeit der Träger sowie für die politische Unterstützung und hoffe, dass diese im kommenden Jahr fortgeführt würden.

Abg. Wolfgang Aldag (GRÜNE) legt dar, dass man sich hinsichtlich des Iron Curtain Trails schwer tue, besonders in der Altmark. Der Abgeordnete fragt, welche Streckenführung geplant sei und ob die Strecke durch Sachsen-Anhalt oder durch das Nachbarbundesland Niedersachsen führen solle.

Des Weiteren möchte der Abgeordnete wissen, ob sich die kommunale Ebene auf die Förderprogramme bewerbe, die vom Wirtschaftsministerium und vom Ministerium für Infrastruktur und Digitales zur Errichtung des Radwegs eingerichtet worden seien.

Der **Sprecher des Fachbeirates** legt dar, der Iron Curtain Trail sei ein wichtiges Thema bei der Betrachtung des Grünen Bandes und verdiene nach seiner Auffassung eine größere Bedeutung in Sachsen-Anhalt. Die Fördermittel für das Jahr 2023 seien seines Wissens bereits ausgeschöpft. Es habe sich dabei um eine 100-prozentige Förderung durch den Bund gehandelt. Eine Begleitung durch das Land habe es nicht gegeben.

Der Iron Curtain Trail befinde sich nicht in der prioritären Betrachtung des Landes und finde sich nicht im Landesradverkehrsplan für Sachsen-Anhalt wieder. Eine Aufnahme wäre wünschenswert, weil sich dann auch die Vermarktung sowie die Herrichtung und Instandsetzung anders gestalten würden. Im kommunalen Bereich in Sachsen-Anhalt habe es eine große Zurückhaltung bei Bekenntnissen zur Trassenführung gegeben, da Radwege immer mit einer Baulastträgerschaft verbunden seien, also mit einer Übernahme der Verantwortung für Investitionen und die Unterhaltung. Dadurch seien vielleicht Irritationen bezüglich der Trassenführung aufgekommen. Eine Festlegung zur Trassenführung gebe es nicht, sondern nur eine Vereinbarung. In diesem Zusammenhang könne auf die Weferlinger Erklärung verwiesen werden, die als Anlage dem Bericht beigefügt worden sei. Darin werde das Thema zumindest indirekt aufgegriffen. Man könne das Thema auch im Zusammenhang mit den anstehenden Haushaltsberatungen aufgreifen, um für die Jahre beginnend mit dem Jahr 2024 gemeinsam mit den örtlichen Trägern im Bereich Tourismus oder der kommunalen Ebene eine bessere Begleitung zu erreichen.

Abg. Wolfgang Aldag (GRÜNE) fragt, warum man sich im Land so schwer mit diesem Radweg tue, obwohl es für die Kommunen von höherer Ebene Fördermittel gebe. Der Abgeordnete fährt fort, es sei nachvollziehbar, dass die Kommunen nicht aktiv würden, wenn sich das Land nicht zu einem solchen Radweg bekenne und nichts unternehme. Es wäre schade, wenn es beim Iron Curtain Trail eine Lücke in Sachsen-Anhalt geben würde, insbesondere da man gerade gehört habe, dass es sich um etwas Sinnvolles handele.

Minister Rainer Robra (StK) stellt voran, für das Thema sei das Ministerium für Infrastruktur und Digitales federführend zuständig, und legt dar, der Iron Curtain Trail solle vom Norden Europas entlang des früheren Eisernen Vorhangs, der die NATO-Staaten und die Staaten des Warschauer Pakts getrennt habe, bis in den Süden Europas führen. Der Radweg sei in Deutschland nicht lückenlos, aber es verliefen auch auf der niedersächsischen Seite der Ländergrenze verschiedene Radwege, die aus einer übergeordneten Betrachtung dem Anliegen, den Iron Curtain Trail zu errichten, durchaus gerecht würden.

In der DDR seien in den Sperrgebieten bis 1990 Kolonnenwege errichtet worden. Anders als zunächst erwartet seien diese Kolonnenwege nicht dafür geeignet, sie durchgehend zu befahren. Es sei nicht so einfach, wie es sich anhöre, unter Berücksichtigung der Belange bspw. der Landwirtschaft, des Umweltschutzes oder des Naturschutzes sozusagen ein Alternativangebot für die auf der westlichen Seite der Ländergrenze schon vorhandenen Strecken zu errichten. Sinnvoll sei das Projekt nur, wenn es ein zusammenhängendes System gebe.

Er, Robra, werde das Thema in einer Erörterung mit dem MID aufgreifen. Die Radverkehrswegeplanung sei nicht so aufwendig wie der Bundesverkehrswegeplan, aber auch nicht viel weniger aufwendig, da eine Reihe von Akteuren einbezogen werden müsse.

Abg. Holger Hövelmann (SPD) legt dar, mit dem Iron Curtain Trail werde die ehemalige Grenze optisch dauerhaft erkennbar gehalten. Auch künftige Generationen würden sehen, dass sich dort einmal etwas befunden habe. Er, Hövelmann, habe schon immer Probleme damit gehabt, etwas als Kulturerbe auszuweisen, was nicht viel mit Kultur zu tun habe, sondern eher mit Unkultur.

Er werbe dafür, diesen Landstreifen erlebbar, erfahrbar und nutzbar zu machen. Das heiÙe, man müsse eine Erschließung von Radwegen hinbekommen. Es dürfe nicht so sein, dass man es auch in Zukunft mit einem geschlossenen Bereich zu tun habe, in dem man höchstens Tiere beobachten könne, den man aber ansonsten nicht nutzen könne. Man müsse den Bereich durchlässig und für die Menschen erlebbar machen.

Daher sei die Bitte an die Landesregierung, dafür zu sorgen, beim Thema Radwege schneller voranzukommen. Auch allgemein gebe es in dem Bereich im Land Handlungsbedarf. Im Vergleich zu anderen Bundesländern seien die Aktivitäten in Sachsen-Anhalt noch ausbaufähig.

Der **Ausschuss** nimmt die Unterrichtung zur Kenntnis.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Niederdütsche Sprook in Sassen-Anhalt wedder opleven laten

Beschluss Landtag - **Drs. 7/4431**

Beschlussrealisierung Landesregierung - **Drs. 7/4642**

Der Landtag der siebenten Wahlperiode hat die Landesregierung gebeten, jährlich bis zum 31. Juli einen schriftlichen Bericht über die Maßnahmen zur Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen in Bezug auf die niederdeutsche Sprache in Sachsen-Anhalt vorzulegen.

Der vierte entsprechende Bericht der Landesregierung zum 31. Juli 2023 wurde als **Vorlage 5** zu Drs. 7/4431 verteilt.

Minister Rainer Robra (StK) führt aus, der detaillierte schriftliche Bericht liege vor. Die Landesregierung setze ihren Beschluss aus dem Jahr 2019 um, mit dem man sich zur Verantwortung für die Bewahrung und Förderung der niederdeutschen Sprache bekannt habe.

Das Land bringe eine neue Initiative im Zusammenwirken mit dem Landesheimatbund auf den Weg. Mit dem Schuljahr 2023/2024 habe ein dreijähriges Modellprojekt begonnen, das vom Land gefördert werde. In diesem Projekt wirkten ehrenamtliche Plattsprecherinnen und Plattsprecher mit. Glücklicherweise gebe es davon noch ausreichend, um das Projekt gemeinsam mit Lehrerinnen und Lehrern umzusetzen. Diese sollten Arbeitsgemeinschaften für die Vermittlung und Etablierung der niederdeutschen Sprache in Grundschulen anbieten, um außerunterrichtliche Angebote verstetigen, reaktivieren oder auch neu etablieren zu können.

Wichtig sei der Landesregierung die Anerkennung und Qualifikation dieser Form des beruflich-bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich. Der Landesheimatbund, der zusammen mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg die Arbeitsstelle Niederdeutsch unterhalte, koordiniere das Projekt und bringe seine fachliche Expertise durch Fortbildungen und Materialien ein. Wenn man sich näher damit beschäftige, dann sei man überrascht, welchen Beitrag gerade auch die Otto-von-Guericke-Universität leiste.

Das Innenministerium habe den Kommunen gestattet, ihre Ortsnamen ergänzend auf Niederdeutsch zu führen. Inzwischen sei klargestellt worden, dass dies auch für Ortsteile von Städten und Gemeinden gelte. So führe die Gemeinde Harsleben im Landkreis Harz nun auch den Namen Harschlewe.

Das an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Erarbeitung befindliche Mittelelbische Wörterbuch, dessen Bearbeitung lange geruht habe, werde unterstützt. Das Wörter-

buch sei zu etwa 80 % fertiggestellt und ein Zeugnis des Reichtums der niederdeutschen Sprache. Man wolle es gemeinsam mit der Universität zu einem Abschluss bringen.

Insgesamt hoffe man, dass irgendwann in der jungen Generation der Funke wieder zünde und der Verlust der mitteldeutschen Sprache gestoppt werden könne, die man im Grunde als mitteldeutsche Ursprache bezeichnen könne.

Abg. Wolfgang Aldag (GRÜNE) teilt mit, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei über die im Bericht dargestellte Situation erfreut und Abg. Olaf Meister lasse ausrichten, dass es viele Aktivitäten gebe. Die Situation habe sich im Vergleich zu den vorhergehenden Berichten wesentlich verbessert.

Abg. Wolfgang Aldag fragt, ob neben den drei im Bericht genannten Orten weitere Orte den Wunsch geäußert oder einen Antrag gestellt hätten, zusätzlich einen Namen in niederdeutscher Sprache zu führen.

Ein **Vertreter der Landesregierung** antwortet, der Bericht gebe den Sachstand zum 31. Juli 2023 wieder. Es seien derzeit keine weiteren entsprechenden Anträge anhängig.

Abg. Wolfgang Aldag (GRÜNE) bittet darum, das Thema zukünftig automatisch jährlich nach der Sommerpause auf die Tagesordnung zu setzen, ohne dass dies beantragt werden müsse. Entsprechend werde auch im Bildungsausschuss verfahren. So könne man dem Thema gerecht werden und es würde allgemein deutlich, dass man sich im Landtag weiter dem Thema widmen wolle, so der Abgeordnete.

Vorsitzender Daniel Sturm teilt mit, das Thema sei bisher schon jährlich aufgerufen worden und der Ausschuss beabsichtige, auch zukünftig so zu verfahren. Daher sei sein Vorschlag, das Thema im September 2024 wieder aufzurufen, so der Vorsitzende. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:**Auslandsrepräsentanzen - Vorlage des Konzepts durch die Staatskanzlei**

Selbstbefassung Fraktion FDP - **ADrs. 8/EUR/18**

Der Ausschuss hat sich zuletzt in der 12. Sitzung am 2. September 2022 mit dem Beratungsgegenstand befasst und eine erneute Befassung beabsichtigt.

Minister Rainer Robra (StK) legt dar, die Landesregierung wünsche, eine zwischen der Staatskanzlei und dem Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten abgestimmte schriftliche Konzeption vorzulegen. Diese befinde sich noch in der Erarbeitung. Man bitte darum, heute auf einen mündlichen Bericht verzichten zu können.

Vorsitzender Daniel Sturm kündigt an, man werde den Beratungsgegenstand zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufrufen. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Reise des Ausschusses nach Jordanien

Befassung - ADRs. 8/EUR/30

Der Ausschuss verständigte sich in der 22. Sitzung am 26. Mai 2023 darauf, mit Blick auf die Ausschussreise nach Jordanien die Rektorin der Hochschule Magdeburg-Stendal zu einem Fachgespräch einzuladen.

Vorsitzender Daniel Sturm: Sehr geehrte Frau Professorin, wie Sie wissen wird der Ausschuss im November nach Jordanien reisen. Vor diesem Hintergrund sind wir auf Ihre Erfahrungen und ggf. Anregungen und Hinweise sehr gespannt und ich würde Ihnen direkt das Wort erteilen.

Die **Rektorin der Hochschule Magdeburg-Stendal:** Ich freue mich sehr, dass ich die Vorbereitung Ihrer Reise im November unterstützen kann. Ich habe eine Power-Point-Präsentation mit 20 Folien mitgebracht, aber manche davon sind sehr schnell abzuhandeln. Ich habe viele Bilder mitgebracht, um Sie auf unterschiedliche Art und Weise sowohl auf Jordanien als auch auf das sogenannte TNB-Projekt der Bundesregierung - Transnationale Bildung - vorzubereiten. Soweit ich weiß, haben Sie auch dort einen Besuch vorgesehen.

Folie 1. Die ersten Bilder geben einen Eindruck von meiner ersten Reise nach Jordanien im Mai 2022 kurz nach meiner Wahl - das Bild links außen -, von Absolventinnen auf dem Bild in der Mitte oben, vom Campus auf dem Bild rechts oben und von einem Innenhof der Deutsch-Jordanischen Universität auf dem Bild rechts unten. In der Mitte unten sehen sie ein Bild aus dem Juni 2022 von einem Besuch des Ministers Robert Habeck in Jordanien auf einer Tagung, die der Nachhaltigkeit und nachhaltigen Bewirtschaftung von Jordanien gewidmet war. In diesem Zusammenhang war er auch eine Stunde auf dem Campus der Deutsch-Jordanischen Universität in Madaba.

Folie 2. Ich war im Mai dieses Jahres dort. Auf dieser Folie sehen Sie einige Eindrücke davon. Ich glaube, das Video links außen wird jetzt nicht gut funktionieren. Sie erhalten aber die Präsentation später nachgereicht. Sie können links außen auf das Bild mit dem Weg tippen. Dann hören Sie, was Ihnen passiert, wenn Sie in der jordanischen Landschaft spazieren gehen und den Imam und die Rufe in der Landschaft hören. Das ist sehr beeindruckend, wie auch die Natur als Ganzes insbesondere im Frühjahr. Da Sie im November reisen werden, wird es wahrscheinlich etwas trockener aussehen. Das soll Sie nicht irritieren. Im Frühjahr sieht es eben deutlich blühender und bunter aus.

Folie 3. Hier sehen Sie einen kurzen Vergleich zwischen Deutschland und Jordanien. Deutschland ist etwa vier- bis fünfmal größer als Jordanien, hat aber auch etwa achtmal mehr Einwohner. Bei dem Vergleich fällt vor allen Dingen die vierte Zeile auf, die dann auch in der in-

haltlichen Ausrichtung der Hochschule in Jordanien eine Rolle spielt, aber natürlich auch die Erfahrung in der Landschaft prägt. In Deutschland gibt es 32-mal mehr Waldgebiete als in Jordanien. Die Landschaft dort ist geprägt von Dürre, Sand, Wüste, Steinen und sehr wenig Wasser. Sie erkennen auch an der vorletzten Zeile, wie viel Wasser uns und wie viel Wasser im Vergleich dazu den Jordaniern zur Verfügung steht. Das macht auch einen Teil der Ausrichtung der universitären und akademischen, also der Research-Ausrichtung der GJU aus. Ein Teil der Forschung und der Lehre berücksichtigt die nachhaltige Bewirtschaftung oder die Ökologie des Landes insgesamt.

Folie 4. Wie ging es los? - 2003 oder 2004 war der jordanische König Abdallah II. in Deutschland und hat sich bei diesem offiziellen Anlass über das damalige Fachhochschulkonzept informiert. Heute würde man HAG-Konzept sagen, also Hochschule für angewandte Wissenschaft. Er hat gesagt, dass es die Mission Employability, also die Zusammenarbeit zwischen einer Hochschule oder einer Universität und den Wirtschaftsunternehmen vor Ort, so in Jordanien und der gesamten MENA-Region in der Art und Weise nicht gab. Er hat es als Vorbild genommen und gesagt: So etwas wollen wir in Jordanien haben, nämlich eine Hochschule, die nicht rein theoretisch ausgerichtet ist, sondern den Transfer und die Nachhaltigkeit durch eine Umsetzung mit der Wirtschaft vor Ort realisiert. Im Oktober 2005 - das heißt, es jährt sich in zwei Jahren zum 20. Mal - wurde dann die German Jordanien University als staatliche jordanische Universität in Amman gegründet und als TNB-Projekt seither durch das BMBF und den DAAD gefördert.

Die Hochschule Magdeburg-Stendal war über den damaligen Rektor eine der Gründungsuniversitäten bzw. -hochschulen. Er sowie Edelgard Bulmahn und viele andere Männer und Frauen waren an der Idee und an der Realisierung dieses TNB-Projekts über ein oder zwei Jahre beteiligt. Der damalige Rektor der Hochschule Magdeburg-Stendal wurde dann Leiter des TNB-Projekts. Jeder neu Rektor oder jede neue Rektorin der Hochschule Magdeburg-Stendal wird fast automatisch gefragt, das Projekt zu übernehmen.

Folie 5. Auf der Folie sieht man zwei Bilder. Links sieht man den Campus in Madaba. Den zeige ich aus zwei Gründen. Denn begonnen hat die Deutsch-Jordanische Hochschule in Amman, in der Hauptstadt. Den kleinen Campus dort gibt es noch. Er ist der Standort des Fachbereichs für Medien, Journalismus und Design. Ich hoffe, den Campus können Sie sehen. Er ist vor einigen Jahren mit Mitteln des Goethe-Instituts sehr schön modernisiert worden. Von dort hat man, wenn man in den Sitzungssaal geht, einen wunderbaren Blick über die Stadt. Auf dem Bild sehen Sie den Campus in Madaba, der besonders herausragend ist. Als der Campus auf der platten Wüsten- und Sandfläche angelegt wurde, waren diese Palmen vielleicht kniehoch. Mittlerweile, nach fast 18 Jahren, spenden sie Schatten. Daran sieht man, was möglich ist, wenn tatsächlich auf der trockenen Erde Palmen gepflanzt werden. Die beiden Vertreter, die ich hier von hinten zeige, sind links die gestern Abend verabschiedete Koordinatorin des Projektbüros in Deutschland und rechts ein Vertreter des DAAD.

Dort hat man mit deutschen Mitteln - das kann man durchaus so sagen - einen Campus begrünt und belebt sowie Sand- und Wüstenfläche zu einer akademischen Einrichtung umgestaltet.

Auf dem rechten Bild sehen Sie einen privaten Tipp von mir, das sogenannte Soap House in Amman. Das ist eine wunderbare Einrichtung, die Seife verkauft. Das ist ein gutes Projekt, das wirtschaftlich sehr gut läuft, mittlerweile eine Dependence in Bonn eingerichtet hat und ein Anlaufpunkt für alle ist, die Amman auch einmal von einer anderen Seite kennenlernen wollen.

Folie 6. Was ist die GJU? - Ich will dazu gar nicht so sehr ins Detail gehen. Es gibt sieben Fachbereiche, die sich dort Schools nennen. Die möchte ich jetzt nicht im Einzelnen vorlesen, Sie sehen sie aber rechts aufgelistet. Es gibt 18 Bachelor- und elf Master-Programme.

Vor kurzem wurde mir die Frage gestellt, ob diese Studiengänge in Deutschland akkreditiert sind. - Das geht nicht. Vom deutschen Akkreditierungsrat aus ist das nicht möglich, aber alle erhalten eine sogenannte Äquivalenzbescheinigung. Das heißt, wer dort seinen Abschluss gemacht hat, bekommt das deutsche Äquivalent dafür und kann in Deutschland weiterstudieren. Aktuell sind es fast 5 000 Studierende. Damit wurde die Zielzahl erreicht. Das wichtigste für Sie und uns und hier und heute ist, dass die GJU pro Jahr etwa 700 Studierende nach Deutschland schickt. Im letzten Bachelorjahr ist ein einjähriger Aufenthalt in Deutschland verpflichtend. Ein Semester sind sie an einer Hochschule nach freier Wahl und ein Semester in einem deutschen Unternehmen. Bislang waren mehr als 5 000 GJU-Studierende in Deutschland und davon mehr als 500 sogar in Magdeburg und wahrscheinlich noch einige mehr in Sachsen-Anhalt insgesamt.

Folie 7. Das deutsche Interesse an diesem Bildungsprojekt ist - ich denke, das bewegt auch die Mitglieder dieses Ausschusses und des Landtages von Sachsen-Anhalt insgesamt -, dass deutsche Hochschulangebote im Ausland gehalten werden und dass wir uns über Hochschulen dafür stark machen, hochwertige und nachhaltige Bildungsangebote mit deutscher Beteiligung im Ausland zu schaffen, um eine Internationalisierung in beide Richtungen vor allen Dingen durch das Betreiben deutscher Einrichtungen zu stärken und die Zusammenarbeit insgesamt zu fördern. Damit wird Jordanien in seiner derzeitigen Lage, sowohl geografisch als auch politisch, unterstützt und gestärkt sowie finanziell vom BMBF, vom DAAD und auch vom Auswärtigen Amt weiter unterstützt.

Es ist wirklich nicht übertrieben, was in einem Podcast - meines Wissen von Studierenden betrieben - immer wieder propagiert wird: Es ist eine sogenannte Insel des Friedens. Sie können sich dort sicher fühlen, Sie können sich als Frau sicher fühlen. Sie können dort tags und nachts herumlaufen und müssen überhaupt keine Bedenken haben. Wenn man ankommt, dann fühlt man sich auf eine sehr spezielle Art und Weise wohl. Es ist auch politisch betrachtet ein Ruheort, auch wenn es an manchen Stellen rumort.

Folie 8. Zum Wirtschaftsbezug. Es wird selbstverständlich für Kooperationen und die Erweiterung der internationalen und außereuropäischen Märkte sorgen. Das ist ein bisschen mein Ansatz, warum ich Sie in diese Richtung mitnehmen wollte. Über die GJU gewinnen wir Nachwuchskräfte und qualifizierte Fach- und Führungskräfte, und zwar in beiden Ländern. Wir sorgen gewissermaßen über die GJU dafür, dass deutsche Fachkompetenz in unterschiedlichen Disziplinen und Studienrichtungen in Jordanien verbreitet wird, dass sich Firmen vor Ort ansiedeln und dass im Rahmen des „Deutschen Jahrs“ - German Year - etwa 700 bis 900 Studierende, also junge Menschen, nach Deutschland bekommen, die dann auch zu rund 70 % bleiben wollen.

Man kann also insgesamt sagen, dass Jordanien ein starker strategischer Partner in der arabischen Region ist und dass die GJU als stabilisierendes Bindeglied insgesamt gesehen werden kann.

Folie 9. Auf diesem Bild sieht man noch einmal den Campus. Sie sehen auch wieder die schattenspendenden Bäume. Der Pfeil zeigt auf den ehemaligen deutschen Botschafter. Ab 1. September 2023 - ich denke, Sie werden ihn auch treffen - ist der neue Botschafter in der deutschen Vertretung vor Ort tätig. Er war an der deutschen Botschaft in der Ukraine tätig und wird jetzt ab September die deutsche Botschaft in Jordanien leiten.

Das Bild ist bei einer German Week entstanden. Wodurch ist die German Week repräsentiert? - Sie können es auf diesem gewissermaßen Wimmelbild suchen. Etwas weiter rechts sehen Sie zwei Personen nebeneinander stehen. Es sind eine Frau im Dirndl und daneben der schon erwähnte Vertreter des DAAD. Ich denke, wir können als Land Sachsen-Anhalt vielleicht noch das eine oder andere dazu beitragen, dass es ein wenig vom Dirndltragen wegkommt.

Folie 10. Das Profil der GJU möchte ich nicht im Detail darstellen, aber auf einen oder zwei Punkte vertiefend eingehen. Das HAW-Modell habe ich schon erwähnt. Es soll in Zukunft - das ist im Übrigen bei den HAW in Deutschland mittlerweile auch so - verstärkt auf Dual-track-Studies, also ein duales Studium abgehoben werden. Denn wir stellen fest, dass es sich sowohl in Deutschland als auch in Jordanien als ein sehr zukunftsweisendes Modell darstellt. Es geht um die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und der Industrie vor Ort.

Der zweite Punkt ist der wichtigste und den habe ich noch nicht genügend unterstrichen. Der einjährige Aufenthalt in Deutschlands ist verpflichtend. Das heißt, jeder Student, der sich an der GJU einschreibt und dort studiert, muss ein Jahr nach Deutschland gehen. Stellen Sie sich einmal vor, Ihre Kinder würden an einer Hochschule oder Universität ein Studium beginnen und bei der Immatrikulation sagen: Okay, ich gehe verpflichtend ein Jahr nach Amerika, nach Jordanien, nach Bhutan, nach Sibirien oder wohin auch immer. Das ist für die Jordanier vor Ort ein echter Gap. Das ist eine Herausforderung, auch für die Studierenden, und wegweisend für deren persönliche Entwicklung.

In Jordanien gibt es kein Goethe-Institut. Es gibt nur an wenigen Schulen ein wenig Deutschunterricht, der für wenige Stunden im 11. und 12. Schuljahr durchgeführt wird. Das heißt, alle Studierenden, die an die GJU kommen, müssen Deutsch lernen, und zwar sechs Semester lang und möglichst bis zum Niveau B2, damit sie überhaupt in der Lage sind, in Deutschland Kurse zu verfolgen oder eben in deutschen Firmen zu bestehen. Sie sind Gott sei Dank zuerst an den Hochschulen sowie Universitäten und danach in den Firmen. Das macht einen Unterschied aus. In den Firmen selbst akzelerieren sie dann ihre Deutschkenntnisse noch einmal. Das bedeutet - das ist rot angestrichen -, es gibt 62 Deutschlehrkräfte. Das ist Personal, das vom BMBF und vom DAAD unterstützt wird. Das ist sehr wichtig, um genau diese transnationale und bilaterale Verpflichtung zwischen Deutschland und Jordanien hinzubekommen.

Zu betonen ist Folgendes: Es sind 120 deutsche Partnerhochschulen involviert, und zwar überwiegend Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

Folie 11. Ich möchte bezüglich der Forschungsnetzwerke ansprechen, dass es biomedizinisches und ingenieurwissenschaftliches Handeln gibt. Es gibt Forschungslabore und Forschungszusammenschlüsse zwischen jordanischen und deutschen Wissenschaftlern. Dazu gehören unter anderem „Angewandte Sprachwissenschaften/Deutsch als che“ - das ist sehr wichtig - und „Civil and Environmental Engineering“. Ich bleibe jetzt bewusst bei den englischsprachigen Bezeichnungen, weil Sie vor Ort auch sehr viel in Englisch kommunizieren werden. Der Dekan des Fachbereichs Wasser, Umwelt, Bau und Sicherheit an der Hochschule Magdeburg-Stendal ist der Netzwerksprecher.

Interessant für den Landtag und Sie als Ausschussmitglieder ist vermutlich, dass an der GJU ab dem Wintersemester 2023/2024, also jetzt ab September 2023, ein Pflegestudiengang startet, der ausschließlich für den deutschen Markt vorgesehen ist. In Jordanien, wo die Arbeitslosigkeit junger Menschen im Alter zwischen 20 Jahren und 30 Jahren bei etwa 30 % liegt, wird ein Pflegestudiengang in Zusammenarbeit mit einer Hochschule im Norden des Landes aufgelegt, der ausschließlich für den deutschen Markt ausbildet. Das Engagement und die Investitionen, die damit einhergehen, sind beeindruckend.

Folie 12 überspringe ich angesichts der fortgeschrittenen Zeit.

Folie 13. Der Bezug zu deutschen Unternehmen ist wichtig. Es gehen Studierende der GJU als Praktikanten im Rahmen des Deutschlandjahres in deutsche Unternehmen. Es werden damit Fachkräfte gewonnen. Die Wirtschaftskontakte in die MENA-Region - die Übersetzung lautet: Middle East and North Africa - können durch 5 000 deutsche und 2 000 jordanische Firmen noch weiter verstärkt werden. Auf dem GJU-Campus gab es vor einem Jahr die erste Firmenansiedlung. Das könnte sicherlich noch fortgesetzt werden.

Die Forschungscluster, die Hochschule als Ganzes, aber auch eine Vertiefung wie der Bereich „Sustainable Development - Water, Energy and Environment“ - dazu gab es im Oktober 2022

eine Tagung - tragen dazu bei, dass immer stärker und vertiefter gesehen wird, dass wir gerade auch vom Land Sachsen-Anhalt aus bei den Themen zusammenarbeiten müssen.

Folie 14. In Sachsen-Anhalt wird mit 133 Firmen zusammengearbeitet. Ich habe nur die Städte aufgeführt, in denen Unternehmen sitzen, die mit der GJU und dem deutschen Projektbüro in Magdeburg kooperieren. In all diese Städte gehen jordanische Studierenden und machen im zweiten Teil ihres Deutschlandjahres in einer Firmen ein Praktikum. Das ist schon beeindruckend. Ich weiß nicht, inwieweit Ihnen in Ihrer Berufstätigkeit jordanische Studierende begegnet sind. Darf ich das kurz abfragen? Inwieweit sind Sie schon einmal jordanischen Studierenden, jordanischen jungen Menschen begegnet? - Dann werden Ihnen nun auf dem Campus einige begegnen.

Folie 15. Zur GJU als Partnerhochschule. Auf dieser Folie habe ich es noch einmal zusammengeführt. Vielleicht sollte ich in dem Zusammenhang auch noch einmal Folgendes betonen: Das Projektbüro für dieses TNB-Projekt ist hier in Magdeburg in der Breitscheidstraße 2 gegenüber der Hochschule Magdeburg-Stendal. Dort wird das deutsche Jahr organisiert. Es hilft mit, die GJU vor Ort zu koordinieren, es unterstützt das Deutschsprachangebot, es betreut die Netzwerke und es betreut den Aufenthalt. Es ist eine Art von Umschlagsplatz. Man könnte fast sagen, es ist ein Abdruck dieses binationalen Edukationsprojektes in Magdeburg.

Auf der linken Seite unten steht, was wir neuerdings seit Sommer 2022 haben. Im Bereich Entrepreneurship und Innovationsmanagement versuchen gerade die Hochschule Magdeburg-Stendal und die GJU ein Masterprogramm aufzulegen. Das wäre das erste deutschlandweit. Das gibt es momentan noch gar nicht.

Folie 16. Auf dieser Folie sehen Sie einen Ort, den ich im letzten Oktober kennenlernen durfte. Ich kenne Ihr Reiseprogramm nicht, aber vielleicht werden Sie es sehen. Links außen sehen Sie die Location als blauen Punkt. Der Ort liegt mit etwas Abstand nördlich des Toten Meeres, aber direkt am Fluss Jordan. Es handelt sich um eine Forschungsstelle. Dort werden Entsalzung, Photovoltaikanlagen und die Produktion von Biogas auf einem kleinen Campus miteinander verbunden und koordiniert. Ein Professor der GJU baut dort schon seit etwa zehn Jahren dieses Projekt auf. Das Bild rechts oben können Sie übertragen auf das Bild links außen. Ich saß dort auf einer Bank und habe mir den Sonnenuntergang angeschaut und erkannte, dass ich quasi auf Jerusalem schaue. Derartige Ausblicke oder Landschaftserfahrungen hat man dort immer wieder. Ich hoffe, Sie haben viele davon. Denn es macht die politische, die religiöse, die kulturelle Verortung von Jordanien deutlich. Wenn Sie einen Kontakt zu diesem Professor wünschen, dann stelle ich ihn sehr gern her. Er wird begeistert sein, Sie dort als Gäste zu empfangen.

Unten sehen Sie ein Bild zu etwas - das habe ich nicht umsonst aufgenommen -, was das deutsche Projektbüro eben auch macht. Mit Startmobility wird der Austausch von Verwal-

tungsmitarbeitern zwischen Jordanien und Deutschland gefördert. Im Oktober 2023 reist erneut eine Delegation nach Jordanien. Ich war selbst auch schon einmal mit dabei.

Folie 17. Das Bild ist von meinem letzten Besuch. Auch hierzu habe ich eine Karte mit Markierung hinzugefügt. Umm Qais ist eine römische Siedlung ganz im Norden von Jordanien. Auf dem Bild sehen Sie im Hintergrund schwach bläulich leuchtend den See Genezareth, den Sie auf der Karte links im Norden abgebildet sehen. Das ist eine sehr weite Reise. Ich weiß nicht, ob Sie es vorhaben. Auch dort hat man eine solche Landschaftserfahrung. Man steht in Jordanien und schaut auf Israel und den See Genezareth. Das ist unglaublich.

Folie 18 überspringe ich.

Folie 19. Ich habe bestimmt vieles nicht angesprochen, was Sie auch wissen wollten, aber ich stehe gern noch für Fragen zur Verfügung. Ein Grund, warum ich den Vortrag gern halten wollte, ist unter anderem, dass wir uns derzeit und seit etwa zwei Monaten in einer kritischen Situation befinden. Daran können Sie direkt nicht viel ändern, aber ich wollte es kurz benennen und vielleicht um Hilfe bitten.

Die GJU wird mit Blick auf die Großkürzungen beim Bundeshaushalt und insbesondere beim BMBF 10 % bis 15 % Kürzungen anvisieren müssen. Im blauen Kasten unten links steht, dass wir jährlich ein Budget in Höhe von 1,5 Millionen € bis 1,6 Millionen € zur Verfügung haben. Das heißt, es müssten 200 000 € bis 250 000 € gekürzt werden. Ich bitte Sie alle um Hilfe und darum, vielleicht in Richtung der Bundespolitik Kontakt zu Bundesabgeordneten aufzunehmen. Denen würde ich dann in den nächsten zwei Wochen einen persönlichen Brief zukommen lassen.

Diese Kürzungen würden bedeuten, dass das deutsche Büro in Magdeburg wahrscheinlich empfindliche Personaleinschnitte hinnehmen müsste. Es müssten Programme gekürzt werden, aber auch an der GJU in Jordanien wäre z. B. das German Year gefährdet und dadurch der Studierendenaustausch, die Kooperation, aber auch die Kontinuität dieses 18 Jahre alten Projekts. Ohne Kürzungen dagegen - das stelle ich jetzt einmal als Vision in den Raum - könnte man unter anderem durch Ihre Reise die Verbindung zwischen Sachsen-Anhalt und Jordanien vertiefen.

Es gibt einen Professor - er war bis 2022 Vizepräsident der Deutsch-Jordanischen Universität und lehrt nun an der Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurth -, der gerade versucht, Jordanien, Baden-Württemberg und Bayern über das Arbeitsamt in einen tieferen Austausch zu bringen mit Blick auf das Problem der Fachkräftegewinnung in diesen beiden südlichen Bundesländern. Seit einem Jahr versuche ich, Menschen darauf aufmerksam zu machen, dass das Land Sachsen-Anhalt neben diesen beiden südlichen Bundesländern an dritter Stelle stehen sollte. Dazu gehört, dass wir uns für ein DaF-Zentrum, also ein Zentrum für Deutsch als Fremdsprache in Magdeburg, stark machen, um jordanische Arbeitskräfte zu

gewinnen, um in Teilen die Situation hier vor Ort zu verändern und um die Geschäftsbeziehungen nach Jordanien und in die MENA-Region zu verbessern.

Das deutsche GJU-Büro hat im August 2023 eine Abfrage bei den jordanischen Studierenden gemacht. Ich habe es vorhin schon erwähnt: 75 % der Befragten - 700 bis 800 Studierende müssen jährlich nach Deutschland kommen - würden gern hier bleiben, um hier zu arbeiten oder in ein Masterstudium einzusteigen. Das würde bedeuten, dass mit einer jährlichen Investition von 2 500 € pro Studierenden aktiv daran gearbeitet wird, dass Arbeitskräfte nach Deutschland kommen. Das ist im Vergleich zu allen Programmen, die jetzt aufgelegt werden sollen, ein verschwindend geringer Betrag. Insofern sollten wir dranbleiben und daran arbeiten, dass diese Kürzungen auf keinen Fall erfolgen.

Wir haben gestern den Antrag ohne Kürzungen abgegeben. Wir tun jetzt einmal so, als ob wir von nichts wüssten, und beantragen den gleichen Betrag zuzüglich einige Erhöhungen für die Periode von 2024 bis 2028. Vielleicht gelingen ja gemeinsame Anstrengungen, um Kürzungen abzuwenden.

Folie 20. Auf diesem Bild von mir sehen Sie die antike Stadt Gerasa, oder Dscharasch, 40 km nördlich von Amman. Wenn Sie dorthin reisen, dann nehmen Sie sich mehrere Stunden Zeit. Das ist unglaublich beeindruckend. Das toppt das Forum Romanum, sowohl vom Ausmaß als auch von den Dimensionen und von dem, was Sie dort erlaufen müssen.

Das Wichtigste habe ich noch nicht erwähnt. Damit komme ich zu meiner eingangs angedeuteten Geschichte. Der Rektor oder die Rektorin der Hochschule Magdeburg-Stendal leitet üblicherweise das GJU-Projekt. Als ich mich im vergangenen Jahr im Senat zur Wahl gestellt habe, wurde ich gefragt, ob ich auch die Leitung des GJU-Projekts übernehmen würde. Es gibt eigentlich nur zwei Antworten, die möglich sind, nämlich Ja oder Nein. Ich habe gesagt: Ja, aber. Ich wollte erst einmal dorthin und mich vor Ort informieren. Ich wollte zuerst Kontakt aufnehmen. Ich war davor noch nie in Jordanien gewesen. Ich habe, glaube ich, zu dem Zeitpunkt schon arabisch gekocht, aber ich war noch nie in einem arabischen Land gewesen. Ich war aus diesem Grund drei Tage vor Ort. Ein Punkt dabei war das Wichtigste. Ich vermute, es wird Ihnen genauso gehen, wenn Sie dort ankommen. Die Menschen, der Kontakt, die Gastfreundlichkeit und die Art, wie deutsche Delegationen empfangen werden und auch Deutschland als Vertretungsland insgesamt wahrgenommen wird, waren dermaßen beeindruckend. Ich war nur wenige Tage vor Ort, habe aber viele Menschen kennengelernt. Von den wenigsten konnte ich überhaupt nur die Namen behalten. Diese Erfahrung hat sofort und mehr überzeugt als z. B. die historischen, geografischen oder politischen Aspekte zusammengenommen. Ich hoffe sehr, dass Sie es genauso erleben werden.

Nun stehe ich für Ihre Fragen zur Verfügung.

Abg. Wulf Gallert (DIE LINKE): Vielen Dank für den Vortrag. Das war sehr beeindruckend und manchmal kann so eine Reiseentscheidung im Nachhinein noch eine gewisse Rationalität bekommen. Dazu hat der Vortrag, denke ich, einiges geleistet.

Ich möchte jetzt Folgendes in den Mittelpunkt stellen. Jordanien ist zwar ein Hort der politischen Ruhe in einem Hexenkessel politischer Konflikte. Die Frage ist trotzdem einchen - das ist auch für uns nicht ganz unwichtig -, wie die politische Debattenkultur ausgeprägt ist. Es gibt relativ viel Technik dort und an einer Stelle auch ein bisschen Soziale Arbeit, aber klassische Gesellschaftswissenschaften finden dort nicht statt. Was sind denn Ihre Erfahrungen? Was darf man denn sagen und was darf man nicht sagen? Denn es ist trotz allem nicht das, was wir als klassische europäische Demokratie definieren. Deswegen würde mich einmal interessieren, wo denn so die Grenzen der Toleranz sind.

Die **Rektorin der Hochschule Magdeburg-Stendal:** Ich weiß nicht, ob ich darauf eine kompetente Antwort geben kann. Vielleicht hilft ein Beispiel meinerseits. Ich war im vergangenen Jahr daran beteiligt, einen Besuch von Minister Willingmann bei der GJU vorzubereiten und war im Januar bei einem Ministerium in Jordanien. In Jordanien sind die Geschäftsbereiche, die im hiesigen Ministerium von Minister Willingmann vereint sind, auf vier Ministerien verteilt. Das sind das Ministry of Higher Education and Scientific Research, das Ministry of Water and Irrigation, das Ministry of Environment und das Ministry of Energy and Mineral Resources.

Ich bin nicht ganz bis zum Minister vorgedrungen, habe aber mit seinem Berater und Referenten gesprochen und dabei die Erfahrung gemacht, dass Anregungen, Überlegungen und Ideen durchaus angenommen werden und Kritik - wenn ich es jetzt so direkt benennen kann - mit Programmen von der jordanischen politischen Seite beantwortet wird. Das heißt, auf deren Seite passiert etwas. Es wird auch, gelegentlich etwas mehr wie in einer Blackbox, mit manchmal etwas offensiveren Programmen durchaus vorangetrieben. Sie sind für Anregungen sehr dankbar und natürlich vor allen Dingen dann aufmerksam - ich sage das ungeschützt in dieser Runde -, wenn es mit Förderungen und Finanzierung verbunden ist. Denn Jordanien leidet unter der problematischen wirtschaftlichen Situation.

Ich kann es vor allen Dingen mit Blick auf die Präsidentschaft, also den Präsidenten der GJU und seine zwei Vizepräsidenten herunterbrechen. Ihnen gegenüber sind sehr offene Worte, Unterstützungsmöglichkeiten, Anregungen etc. möglich. Wir wissen aber nie so ganz genau, wen es dann auf welchem Kanal wie erreicht. Die Minister in Jordanien, z. B. der Minister des Inneren, wechseln sehr viel schneller und häufiger, als es bei uns üblich ist. Das kann im Halbjahresrhythmus geschehen. Dieser Umgang mit einer Elite, bei dem man nie so ganz genau weiß, ob jemand konstant da ist, ob es bereits ein neuer Ansprechpartner oder seltener eine Ansprechpartnerin ist, macht natürlich die Kommunikation sehr schwierig.

Das heißt, Ratschläge und Unterstützung sind sehr willkommen und gern gesehen. Inwieweit wir wirklich Kritik am System äußern sollten oder könnten, ist natürlich vor dem Hintergrund des völlig anderen politischen Systems unsererseits noch einmal generell zu hinterfragen. Ich habe ja erläutert, dass das ganze Projekt auf den deutlichen politischen Willen des Königs zurückgeht. Er hat damit etwas sehr Gutes angestoßen. Das akademische System in Jordanien wurde sehr ausgeweitet. Ich staune immer wieder, wenn ich durch das Land fahre und sehe, wie viele Hochschulen und Universitäten es dort gibt.

Ich habe beim letzten Mal versucht herauszubekommen, wie denn das Parlament in Jordanien zusammengesetzt ist. Es wird in Jordanien teilweise unter Einbeziehung von Stämmen und Stammesführern in einem gewissen Proporz regiert und das Parlament setzt sich entsprechend zusammen. Da kommen wir nicht so ganz heran. Ich würde dennoch mit Höflichkeit und Deutlichkeit durchaus einmal das eine oder andere Wort wagen. Ich wüsste momentan nicht genau, wie ich mit meiner Kritik ansetzen sollte, außer natürlich, was die Unterstützung der GJU betrifft. Unter den derzeit abnehmenden Finanzmitteln leiden aber alle Hochschulen und Universitäten in Jordanien. Das betrifft nicht ausschließlich die GJU, die auch im Jahr 2024 etwas weniger Budget zu verkräften hat, wohlgerne von jordanischer Seite aus.

Vorsitzender Daniel Sturm: Können Sie uns die Präsentation zukommen lassen?

Die **Rektorin der Hochschule Magdeburg-Stendal:** Ja, ich werde sie an den Ausschuss schicken und stehe auch weiterhin für Fragen offen. Darin findet sich auch eine Kontaktadresse des Deutsch-Jordanischen Büros. Wir sind sehr offen, Ihre Reise zu begleiten bzw. weitere Tipps zu geben. Ansonsten stehen Sie meines Wissens mit der Vertreterin des deutschen Botschafters in einem Austausch und bereiten es mit ihr zusammen vor.

Ich habe drei Exemplare eines Buches mitgebracht, das der vorherige Rektor bzw. die vorherige Rektorin der Hochschule Magdeburg-Stendal mit Bezug zu Jordanien veröffentlicht haben. Ich lasse die drei Exemplare hier. Wir haben noch mehr Exemplare davon. Wenn die drei nicht ausreichen und wirklich ein dezidiertes Interesse an weiteren Exemplaren besteht, dann können Sie sich gern bei mir melden.

Außerdem haben Sie die wichtigsten Kennzahlen vor sich liegen.

Vorsitzender Daniel Sturm: Herzlichen Dank für Ihre Hilfe. - Weitere Fragen sehe ich nicht. Damit beende ich das Fachgespräch.

Vorsitzender Daniel Sturm fragt eine Vertreterin der Landtagsverwaltung, ob es einen neuen Sachstand bezüglich der Reisevorbereitungen gebe.

Eine **Vertreterin der LTV** teilt mit, ihr lägen alle Pässe und Visaanträge vor. Diese hätten auch bereits weitergeleitet werden sollen. Dafür sei eigentlich schon ein Termin vereinbart

gewesen. Allerdings sei in Jordanien kürzlich das Antragsverfahren geändert worden. Das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft in Jordanien könnten noch nicht mitteilen, wie genau das geänderte Verfahren ablaufe. Sie, die Vertreterin der LTV, kläre derzeit, ob weiterhin die Pässe eingereicht werden müssten, oder ob möglicherweise ein elektronisches Verfahren durchzuführen sei. Diese Frage sei noch nicht geklärt. Möglicherweise könnten weiterhin die Visa von der Landtagsverwaltung beantragt werden. Es sei aber nicht auszuschließen, dass die Abgeordneten diesbezüglich doch selbst tätig werden müssten.

Vorsitzender Daniel Sturm bittet darum, ihn darüber ggf. in Kenntnis zu setzen, damit er den Ausschuss darüber informieren könne.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Delegationsreise nach Armenien

Vorsitzender Daniel Sturm teilt mit, das Programm befinde sich derzeit in der Feinabstimmung. Die Landtagsverwaltung werde dieses zeitnah zur Verfügung stellen. Man habe zuletzt noch auf die Bestätigung für einen geplanten Empfang beim Präsidenten der Republik Armenien gewartet. Dieser Termin sei in der vergangenen Woche bestätigt worden, sodass man das Programm nun dementsprechend daran habe ausrichten können.

Haushaltsberatungen

Vorsitzender Daniel Sturm teilt mit, vorbehaltlich der entsprechenden Überweisung aus dem Landtag in der kommenden Sitzungsperiode sei bisher vorgesehen, die Einzelpläne 02 und 17 am 13. November 2023 im Finanzausschuss zu beraten. An dem Tag befinde sich der Ausschuss allerdings in Jordanien. Er, Sturm, werde diese Terminüberschneidung dem Finanzausschuss mitteilen.

Die Beratungen über die für den Ausschuss relevanten Einzelpläne im Ausschuss selbst könnten am 6. Oktober 2023 und am 3. November 2023 stattfinden. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Terminplan 2024

Vorsitzender Daniel Sturm teilt mit, ein Terminplan für die Sitzungen des Ausschusses im Jahr 2024 sei am 29. August 2023 verteilt worden. Es seien keine Ausschusssitzungen an Ferientagen geplant.

Der **Ausschuss** bestätigt einstimmig den Terminplan für die Sitzungen des Ausschusses im Jahr 2024.

Einladungen an den Ausschuss

Vorsitzender Daniel Sturm teilt mit, für folgende im Ausschuss bisher nicht erwähnten, aber bereits stattgefundenen Veranstaltungen könne der Ausschusses noch nachträglich eine Teilnahme im Auftrag des Ausschusses billigen:

- Verleihung des Denkmalpreises am 24. August 2023 in Magdeburg und
- Verleihung des Klopstock-Preises für neue Literatur am 31. August 2023 in Quedlinburg.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, dass die Veranstaltungen im Auftrag des Ausschusses wahrgenommen werden konnten.

Abg. Holger Hövelmann (SPD) weist darauf hin, dass in derartigen Fällen neben einer nachträglichen Genehmigung durch den Ausschuss auch eine vorherige schriftliche Bestätigung vom Präsidenten erforderlich sei, damit eine entsprechende Teilnahme als Dienstreise durchgeführt werden könne.

Vorsitzender Daniel Sturm fährt fort, außerdem lägen folgende Einladungen zu Veranstaltungen vor, die ab dem heutigen Tag stattfinden sollten:

- Eröffnung der Ausstellung „Kaltadelradierungen von Claudia Berg“ am 1. September 2023 um 16 Uhr im Köthener Schloss,
- Sachsen-Anhalt-Abend #moderndenken am 5. September 2023 um 18 Uhr in der Landesvertretung in Berlin,
- Eröffnung der Ausstellung „Auf dem Weg der Pinguine“ am 6. September 2023 um 19 Uhr im Landesfunkhaus Magdeburg,
- Preisverleihung des Bürgermedienpreises 2023 der Medienanstalt Sachsen-Anhalt am 8. September 2023 in Halle und
- feierliche Eröffnung der 32. Landesliteraturtage am 10. September 2023 in Bernburg.

Außerdem lägen wohl schon vereinzelt Einladungen zum Festakt zum Tag der Deutschen Einheit am 2. Oktober 2023 in der Danziger Philharmonie vor. Die Einladungen seien über die deutsche Generalkonsulin in Danzig versandt worden.

Des Weiteren habe bisher nur er, Sturm, als Vorsitzender des Ausschusses eine Einladung zum Empfang anlässlich des Unabhängigkeitstages in Armenien erhalten. Der Empfang finde am 21. September 2023 in der armenischen Botschaft in Berlin statt, wo es nur begrenzten Platz gebe. Bei gutem Wetter könnten aber womöglich mehr Personen am Empfang teilnehmen.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, dass die Veranstaltungen im Auftrag des Ausschusses wahrgenommen werden können.

ADrs. 8/EUR/26 - Kulturlandschaft Sachsen-Anhalt: Das Potential der Kulturstiftungen des Landes Sachsen-Anhalt vollumfänglich ausschöpfen

Vorsitzender Daniel Sturm erinnert an das zu dem Thema geplante Fachgespräch am 6. Oktober 2023 und teilt mit, dass die Frage im Raum stehe, die entsprechende Sitzung in Dessau stattfinden zu lassen. Der Vorsitzende fährt fort, er plädiere angesichts der anste-

henden Haushaltsberatungen dafür, das Fachgespräch im Landtag stattfinden zu lassen. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Nächste Sitzung

Die nächste turnusmäßige Sitzung findet am 6. Oktober 2023 statt.

Schluss der Sitzung: 10:51 Uhr.

Bereitstellung im AIS/SIS/RIS